

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/43. Jahrgang

März 2012

Schutzgebühr: 0,40 E

Über die LaGa entscheiden nicht allein die Gerichte

Nachdem das Verwaltungsgericht Gießen das Bürgerbegehren gegen die LaGa (Landesgartenschau) teilweise für zulässig erklärte, geht die juristische Auseinandersetzung weiter. Nach dem ersten Urteil dürfen jetzt Bäume gefällt und die Ufer zerstört, aber keine neuen Schulden für die LaGa gemacht werden. Das ist ein wichtiger Teilerfolg der BI „Stoppt diese Landesgartenschau“, denn wozu soll die Natur zerstört werden, wenn hinterher kein Geld mehr für Palmencafé etc. da ist? Dennoch begann die Stadt mit den Rodungen (s. Foto).

Vorausgegangen waren am 10.2. eine Kundgebung (in eisiger Kälte) vor der Son-



*Geschunden und verschandelt:
die Wieseckau am 26.2.*

dersitzung des Stadtparlaments, auf der die Sprecherin Martina Lennartz die bisherigen Erfolge der BI würdigte und sich bei allen Mitstreitern bedankte sowie vor Beginn der Sitzung die Rede von Kai Dietzel, Vertrauensmann des Bürgerbegehrens, in der er sich kundig und kritisch mit den Gutachten auseinandersetzte.

Wieder einmal reichten selbst die Stehplätze auf der Zuschauertribüne für alle Interessierten im Stadthaus nicht aus. Auch darin (statt 200 Sitzplätze im alten Stadthaus gibt es nur noch 42 im neuen) zeigt sich die „Bürgernähe“ des Magistrats. Und davon war auch in der langen und nichtssagenden Ansprache der OB die



Rede, die doch so gerne einen Bürgerentscheid herbeigeführt hätte und nun von den Gutachten daran gehindert würde. Während einige Zuschauer vor Rührung mit Papiertaschentüchern winkten, hörte man auf der Tribüne hämische Zwischenrufe wie „Schleimerei“.

In der Diskussion wurden alle Argumente wiederholt, wobei Michael Beltz die berechtigte Frage stellte: wer verdient denn alles an der LaGa?

Die Abstimmung verlief wie erwartet: obwohl die Koalition aus SPD und Grünen keine eigene Mehrheit hatte, wurde das Bürgerbegehren auch mit den Stimmen von CDU, FWG und

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Stadt will keine Wärmestube in Gießen

Der Antrag der Linksfraktion zur Einrichtung einer Wärmestube in Gießen wurde wiederum im Stadtparlament abgelehnt. Angeblich gebe es genügend ähnliche Räumlichkeiten in Gießen. Daß dem nicht so ist, sieht man täglich auf dem Marktplatz, wo Menschen mit wenig Geld (nicht nur Obdachlose) miteinander ihr Bier trinken. Dadurch fühlen sich andere gestört; BID forderte sogar, im nahegelegenen Geschäft keinen Alkohol an sie zu verkaufen. Eine Wärmestube mit Ausschank (zu moderaten Preisen) könnte hier im Sinne aller Betroffenen helfen. Der Antrag wurde jedoch wieder abgelehnt. Dafür ist der Stadt das Geld zu schade – sie muß ja sparen (s.o.). Frau Wagener (CDU) entblödete sich nicht, dem Antragsteller Michael Beltz vorzuschlagen, er möge in seiner Wohnung eine Wärmestube einrichten. - Bis in die 60er Jahre gab es auf dem Marktplatz einen Raum, in dem sich Menschen im Trockenen und Warmen aufhalten, lesen und sich unterhalten konnten.

Inhalt:

Gauk und Steinbrück	S.2
Schutzschirme? /Nauheim/Wiesbaden	S.3
Wohnbau/Tarifrunder/Fortschritt?	S.4
Präsidentenwahlen '32 + '12/ABSP	S.5
Syrien/Fukushima/Griechenland	S.6
Leserbriefe/Schweigen	S.7
Bundeswehr/Dresden/Soli/Termine	S.8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Gauck und Steinbrück – Wegbereiter künftiger Verelendung?

Der Jubel über die Nominierung von J. Gauck zum Wulff-Nachfolger hielt nicht lange vor. Bereits wenige Tage später gab es kritische Stimmen. Der Artikel aus dem Januar-Echo „Dr.h.c.

Joachim Gauck, ein Saubermann mit Dreck am Stecken“ wurde innerhalb weniger Tage 20.000mal im Internet gelesen. Und dann meldeten sich weitere Kritiker wegen Gaucks Äusserungen zu Sarrazin (dessen Rassismus er „mutig“ fand), zur Occupy-Bewegung (Gauck: „unsäglich albern“), zu Hartz IV (ausdrückliches Lob). - Aber das ist längst nicht alles: Gauck stellt sich auf die Seite der Erzevanchistin Erika Steinbach, ist ein strenger Verfechter des Afghanistan-Kriegs, und er relativiert den Holocaust, nicht daß er ihn leugnet, aber wie sonst sind seine Worte von der „Überhöhung“ des „deutschen Judenmordes in eine Einzigartigkeit“ zu verstehen?

Bisher gilt für viele der „Pastor“ noch als Lichtgestalt, während er von Erwerbsloseninitiativen längst als „Theologe der Herzlosigkeit“ bezeichnet wird und die neonazistische „Junge Freiheit“ voll des Lobes ist. Warum soll jetzt – nach Wulffs genüsslicher Demontage - so jemand wie Gauck ins höchste Amt gehievt werden? Daß Merkels Kanzlerzeit

abläuft, ist angesichts der sich zuspitzenden Krisen, deren Bewältigung immer aussichtsloser wird, naheliegend. Da wird ein Mann wie Gauck, der unter der Maske des Biedermanns

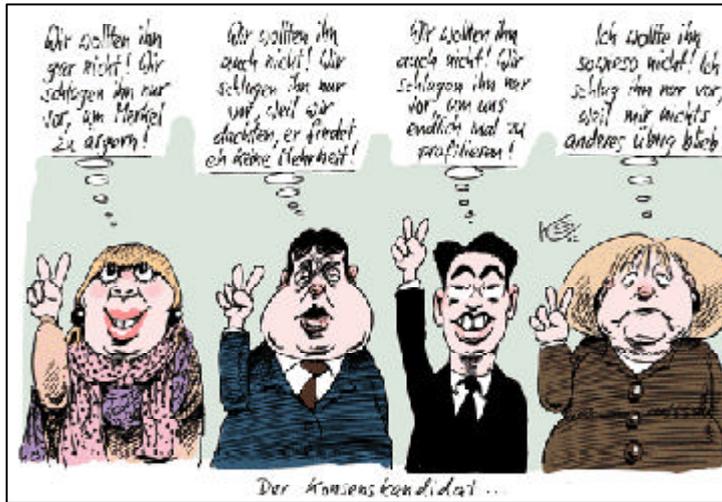
seiner Antwort verwies er nicht etwa auf irgendwelche bedauernswerten Sachzwänge, die dies erfordern könnten. Nein, er sagte klipp und klar: „Das ist eine Frage der Dosis, die die

Menschen vertragen können.“ (Berliner Zeitung vom 24.9.2004)

Das ist Verelendung als Programm (wie in Griechenland, ...).

Manchmal muß die herrschende Klasse ihr Personal austauschen, um ihre Politik durchzusetzen. Das war nötig mit Schröder/Fischer, um endlich wieder Krieg zu führen und den Sozialraub der Agenda 2010 durchsetzen zu können. Das wird wieder nötig, wenn Europa aus

den Fugen gerät und den Menschen ein „Machtwechsel“ „vorgegaukelt“ werden muß. Dann steht – wieder einmal – die SPD zur Drecksarbeit bereit, um Profit und Kapitalismus zu sichern und möglichen Widerstand zu kanalisieren. Erika Beltz



knallhart die Interessen des deutschen Kapitals verfehlt, gebraucht. Aber er nicht allein. Peer Steinbrück steckt schon lange in Warteposition auf die (Vize-)Kanzlerschaft und wird gezielt von den Medien aufgebaut. Kürzlich wurde er auf Anraten der IWF-Chefin Lagarde von Sarkozy als „Ehrenlegionär“ ausgezeichnet; auch sein öffentlicher Auftritt mit Helmut Schmidt 2011 diente dazu. Was von Steinbrück zu halten ist, wissen insbesondere die Arbeitslosen. Vor sieben Jahren wurde er – noch als Finanzminister – bei der Einführung von Hartz IV gefragt, ob danach noch Hartz V, VI, VIII folgen müsse. In



(Fortsetzung von Seite 1)

Über die LaGa entscheiden...

FDP für „unzulässig“ erklärt; lediglich die Fraktion Die Linke sowie Linkes Bündnis/Bürgerliste und 1 Pirat stimmten für die BI. Am Ende platzte dann zur Freude der Zuschauer die Nachricht über den vorläufig verhängten Baumfällungs-Stopp herein.

Daß das Gericht das Bürgerbegehren (teilweise) als zulässig erachtet, ist auch eine Ohrfeige für beide Gutachter; und die OB muß sich fragen lassen, warum sie jetzt nicht den angeblich von ihr gewollten Bürgerentscheid durchführt und statt dessen weiter vor Gericht zieht?

Die BI trifft sich donnerstags um 19.45

Uhr im Nordstadtzentrum, Reichenberger Str. 9; sie ist zuversichtlich und engagiert und wird weitere Aktionen und Infostände durchführen für ihr Ziel „Stoppt diese Landesgartenschau“. Denn: Über die LaGa sollten nicht allein die Gerichte entscheiden, sondern die Menschen in Gießen.E.B.



Kundgebung am 10.2. vor dem Rathaus

Fastnacht ohne Humor

Die GFV hat der BI verboten, sich mit einem Wagen am Fastnachtsumzug zu beteiligen. Humor, geschweige denn so etwas wie Narrenfreiheit, scheint dem neuen Vorsitzenden, Herrn Isenberg fremd - ebenso wie die Tradition der Fastnachter, in Reden und Umzügen die Obrigkeit durch den Kakao zu ziehen. Wie kann er auch? Gehört er doch als Chef eines mittelständigen Betriebes in Gießen selbst zu diesem Klientel, das auch ganzseitig die LaGa bewirbt.

Spendenkonto:

D. Jürgens – Antilaga-Ktonr. 89751426, BLZ 513 500 25, Sparkasse Gießen, www.antilaga.de

Bad Nauheim – LaGa ruiniert Teichwirt

Gute Geschäfte durch die Landesgartenschau? In Bad Nauheim gibt es andere Erfahrungen. Dem Betreiber des im Kurpark gelegenen Teichhauses wurde vor der Gartenschau ein übler Vertrag aufgezwungen. Für jeden Besucher der Schau sollte er 12 Cent an die Stadt zahlen. Für ihn war das ein sehr schlechtes Geschäft – die Umsätze waren während der LaGa wesentlich geringer als sonst. Die Stammgäste des familienfreundlichen Lokals kamen nicht mehr in den eintrittspflichtigen Park, die Besucher der Gartenschau hielten sich vorwiegend in anderen Bereichen auf, außerdem gab es viele andere Angebote, vor allem durch eine Cate-

ring-Firma, die ihren Angestellten nur 4 Euro pro Stunde zahlte. Trotz des verringerten Umsatzes sollte der Wirt 65000 Euro zahlen, eine Klage hatte kaum Erfolg. Das Lokal ist ruiniert und geschlossen. Dieser Wirt ist nicht das erste Opfer. Schon im Jahr vor der LaGa erlitt der Pächter des ebenfalls im Kurpark gelegenen Schwyzerhüsli einen tödlichen Herzinfarkt. Die wegen der Gartenschau drohende Schließung seines Cafés hatte ihn zermürbt. Das Café übernahm die oben genannte Catering-Firma, die mit ihren Hungerlöhnen wohl zu den wenigen Gewinnern der Veranstaltung gehört.

Gernot Linhart



Bürgerbegehren als "Volkssport"

Das ist die Ansicht des SPD-Bürgermeisters von Wiesbaden. Dort hat sich eine BI gegründet, um mit einem Bürgerbegehren die Privatisierung einer kommunalen Klinik zu verhindern. Die Dr. Horst-Schmidt-Kliniken sollen zu 49% an den Rhön-Konzern verkauft werden, der auch die Uni-Klinik in Gießen zu einem Spottpreis geschluckt, massiven Personalabbau betrieben und seine Gewinne bundesweit gewaltig gesteigert hat.

Der Sprecher der BI, „für eine kommunale HSK“, Michael Forßbohm, geht zu Recht davon aus, daß die Rhön AG auch in

Wiesbaden Renditen erwirtschaften will. In der Begründung für das Bürgerbegehren werden als Folgen des Verkaufs u.a. genannt: weniger Zeit von Ärzten und Personal, Ausrichtung... auf Fallpauschalen, die sich rechnen, Gefährdung der Genesung durch verfrühtes Entlassen und Verschärfung der Zweiklassenmedizin. - Sowohl CDU als auch SPD, die heute in großer Koalition die Privatisierung betreiben, haben sich übrigens vor den Wahlen für eine kommunale HSK und gegen Privatisierung ausgesprochen. Wir wünschen der BI viel Erfolg!

Selbst ehemaliger Klinikleiter wurde nicht richtig versorgt

Sogar der Sohn des früheren Leiters der Gießener Medizinischen Uni-Klinik; Prof. Lasch, schrieb nach dem Tod seines Vaters über die „schockierenden“ Zustände in der Rhön-Klinik in einem Leserbrief: „Letztlich war eine angemessene Versorgung eines schwerkranken Menschen nur sicherzustellen, indem die Angehörigen selbst wesentliche Teile der Pflege und Betreuung organisierten – in der Klinik wohlgermerkt“ (s. GAZ, 22.1.10).

Hessens Kommunen: Rettung durch Schutzschirm?

Die hessische Landesregierung hat den am höchsten verschuldeten Gemeinden, Städten und Kreisen einen Finanzschutzschirm angeboten. Mit 3,2 Milliarden Euro will das Land einen Teil der Schulden (insgesamt etwa 15 Milliarden) übernehmen. Mit der Annahme dieser Hilfe müssen die Kommunen allerdings den letzten Rest ihrer Selbstverwaltung abgeben, ihr Haushalt wird dann unter der Kontrolle Wiesbadens erstellt und kann von den kommunalen Parlamenten nur noch abgenickt werden. Das Land gibt den Gemeinden mit einer Hand einen kleinen Teil des Geldes wieder, das sie ihnen mit der anderen Hand wegnimmt. Die finanziellen Zuweisungen für Pflichtaufgaben werden immer weiter gekürzt, als Begründung muß die Schuldenbremse erhalten. Was die Kommunen tatsächlich brauchen, ist kein Schutzschirm mit Sparauflagen, sondern ein angemessener Anteil an den Steuereinnahmen. Sie müssen den größten Teil der öffentlichen Investitionen tragen, bekommen aber den kleinsten Teil vom Steueraufkommen. Gerade die Investitionen und Zuschüsse zu den laufenden Kosten vor Ort, zum Beispiel für Schulen, Sport- und Kultureinrichtungen, Nahverkehr, sind maßgeblich für die Lebensqualität der Menschen. Die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen ist ein permanenter Verfassungsbruch. Artikel 28, Absatz 2 des Grundgesetzes lautet: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. ... Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung.“ In den Kommunen regieren die gleichen Parteien, die auch Bund und Länder regieren. Viele Landtags- und Bundestagsabgeordnete sind oder waren auch kommunale Abgeordnete. Wie gespaltene Persönlichkeiten beklagen sie in der einen Funktion das fehlende Geld in der Gemeindekasse, stimmen dann aber für die Gesetze, die das bewirken. Niemand sollte mehr den Lügen über finanzielle Zwänge glauben, sondern für eine Umverteilung des Reichtums kämpfen! G.L.

Bemerkungen zum Thema „sozialer Wohnungsbau in Gießen Erfahrungen von Mietern der Wohnbau

Kann das Mieten einer Wohnbau-Wohnung verminderte Lebensqualität bedeuten? Etliche Mieter würden dies bejahen. Ständiges Ärgernis bei Wohnbau-Mietern dürfte der Putzdienst verursachen, wobei sich die Wohnbau nur zu gerne zum Werkzeug von Denunzianten macht. Gängige Praxis der Wohnbau ist, Geld einzufordern, obwohl der Putzdienst ordnungsgemäß erledigt worden ist. In unverfänglichen Gesprächen mit Gießener Bürgern taucht dieses Thema immer wieder auf. Aber das ist nur ein vergleichsweise geringes Übel. Viel schwerer wiegt die Tatsache, daß Schimmelwohnungen nach oberflächlichen Schönheitsreparaturen immer weiter vermietet werden und somit zu gesundheitlichen Schäden der Mieter führen (und das zu vollem Mietpreis). Auch bei Diebstählen, Vandalismus und sonstigem Fehlverhalten seitens anderer Mieter bleibt die Wohnbau untätig, obwohl sogar die Polizei bei ihr schon vorstellig war und Roß und Reiter hinlänglich bekannt sind. Wenn die Wohnbau auf derartige Dinge angesprochen wird, erfolgt die Reaktion: „Sie haben wohl eine verzerrte Wahrnehmung“, „das geht uns nichts an“, „das interessiert uns nicht“, etc.

Außerdem kommt die Wohnbau ihren Verpflichtungen nur in vergleichsweise

wenigen Fällen nach, bei manchen Mietern nahezu überhaupt nicht. Es wird sich nicht an vereinbarte Termine gehalten, wobei sich dies mehrfach wiederholen kann (teilweise 8-10 Mal), auch gibt es Wartezeiten von 3 Monaten und mehr, wobei man sich mit Lügen aus der Affäre zu ziehen versucht.

Was das barrierefreie Wohnen für Rollstuhlfahrer angeht, so wird den Rollstuhlfahrern eine Nutzung des Balkons nicht ermöglicht (Absatz zwischen Wohnung und Balkon), obwohl er diesen mitbezahlen muß. Nicht einmal durch Kleinigkeiten erleichtert man dem Mieter das Wohnen (Haltegriffe im Bad). Außerdem werden Mieter in neue Wohnungen hineingezwungen wegen Sanierung bisheriger Wohnungen. Dabei handelt es sich teilweise um teurere Wohnungen als die Ursprungswohnung.

Manche der Betroffenen erhalten Leistungen vom Sozialamt. Damit das Sozialamt die Kosten noch übernimmt, werden diese Wohnungen schöngerechnet, um anschließend drastische Mieterhöhungen vorzunehmen, die dann am Mieter hängenbleiben. Sachbearbeiter des Sozialamts weigern sich bei der Wohnbau anzurufen und der Mieter muß die Zeche zahlen.

Namen sind der Redaktion bekannt.

Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren und um Spenden

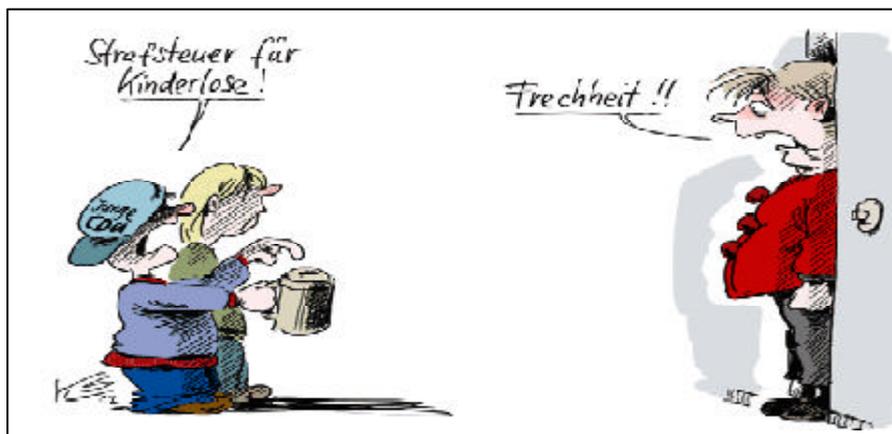
Gießener Echo

**Konto Nr. 193070
BLZ 51350025
Sparkasse Gießen**

Und so was nennt man "Fortschrittsbericht"

Ministerin von der Leyen stellte den Fortschrittsbericht im Bereich der Beschäftigung älterer Menschen vor. Unter Fortschritt ist hier natürlich nicht zu verstehen, dass immer weniger Ältere arbeiten brauchen, sondern dass immer mehr Ältere arbeiten müssen. Was soll daran Fortschritt sein?! Sie ist stolz darauf, dass Deutschland einen Spitzenplatz bei der Beschäftigung von Älteren in Europa einnimmt. Diese üble Kampagne dient natürlich dem Ziel, die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Mit Rentenabschlägen wegen früherem Renteneintritt steigert das Kapital seine Profite zu Lasten der Arbeiterklasse und der einzelnen Versicherten. Selbst diese Meldungen sind das Geld des Papiers nicht wert, auf dem sie verbreitet werden. Denn sozialversicherungspflichtig sind nach wie vor viele dieser Beschäftigungsverhältnisse nicht. Von der Leyen fördert mit diesem Schmu nur ihre eigene Zielrichtung, die da lautet: „Unser Ziel ist, dass Arbeit auch für Menschen über 60 der Normalfall wird.“ Nein, dies ist nicht das Ziel der DKP! Wir wissen sehr wohl, dass kaum ein Maurer über 60 noch auf dem Gerüst herumspringt, kaum eine Schwester über 60 noch im Krankenhaus herumrennt, kaum eine Erzieherin mit über 60 noch in der KITA arbeiten kann, kaum jemand mit 60 noch im Schichtbetrieb am Fließband stehen kann. Und wenn sie es alle könnten, wir Kommunisten wollten es nicht. Wir wollen die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, damit auch abhängig Beschäftigte, die den Reichtum schaffen, nicht bis zum Sprung in die Kiste malochen müssen. Frau von der Leyen will etwas anderes, wir wollen: Weg mit der Rente mit 67 und keine weitere Diskussion der Rente mit 70 oder 75 oder was da noch alles im Interesse des Kapitals kommen mag.

K.S.



Tarifrunden Metall und öffentlicher Dienst

Nachdem es gelungen ist, in den Bereichen Metall und öffentlicher Dienst bei Bund und Kommunen eine weitestgehend einheitliche Forderung zu stellen, beginnen nun die Tarifverhandlungen. Beide Gewerkschaften fordern 6,5%, wobei es im öffentlichen Dienst mindestens 200 Euro für die unteren Einkommensgruppen geben soll. - Fast 9% Reallohnverlust in den letzten zehn Jahren haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hinnehmen müssen. Deshalb ist die Stimmung kämpferisch und die Erwartungshaltung groß. Die Preissteigerung bei Lebensmitteln und Energie machen besonders deutlich, dass ein angemessener Lohnzuwachs nötig ist. Die DKP ist solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen von IG Metall und verdi.

K.S.

Präsidentenwahlen 1932 - 2012

Da hatten wir also einen Präsidenten, der offensichtlich an Vergünstigungen mitnahm, was irgend zu schnappen war. Und nun tragen die herrschenden Parteivertreter einvernehmlich das Amt diesem Joachim Gauck an, der sich schon bei der letzten Wahl gewundert hatte, nicht von Frau Merkel und der CDU nominiert worden zu sein. Wie wäre es, wenn die SPD mal einen gestandenen Gewerkschafter, einen Antifaschisten, einen Gegner von Krieg und Großkapital aufstellte?

1932 stand die Wahl des Reichspräsidenten an. Präsident von Hindenburg, dessen Amtszeit ablief, war tief in den Osthilfe-Skandal verwickelt. Den Rittergutsbesitzern östlich der Elbe wurden riesige Summen aus der Staatskasse zur Entschuldung ihres Grundbesitzes zugeschoben, so auch für Hindenburgs Gut Neudeck. Hindenburg war der kaiserliche Generalfeldmarschall, der nach eigenen Angaben im Februar 1918 wusste, dass der Weltkrieg verloren war, aber dennoch das Morden weiterführte, was hunderttausenden Soldaten das

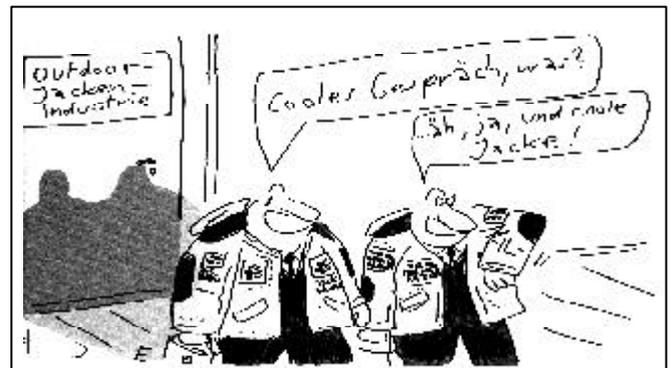
Leben kostete. Das hielt die SPD-Führung nicht davon ab, zur Wahl Hindenburgs aufzurufen. Otto Braun, SPD-Ministerpräsident von Preußen, schrieb im März 1932 im „Vorwärts“: „Ich wähle Hindenburg und appelliere an die Millionen Wähler, die vor sieben Jahren für mich gestimmt haben: Tut desgleichen, schlägt Hitler, wählt Hindenburg.“ Hindenburg wurde 1932 gewählt und ernannte am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler. Reichskanzler Brüning (Zentrumspartei, Vorläuferin der CDU) machte gar keinen Hehl daraus, dass die Behauptung der Verfassungstreue des Präsidenten eine Lüge war: „Die Leute, die zum Teil ohne Mäntel in entsetzlicher Armut und Not dort saßen, musste ich für die Stimmabgabe für den Reichspräsidenten gewinnen und ihnen beibringen, dass er sie vor einem Verfassungsbruch behüten würde - während ich wusste, dass der Reichspräsident sich gleich nach seiner Wahl gegen sie wenden würde“ (Brünings Memoiren). Der SPD-Reichstagsabgeordnete und

Nachkriegsministerpräsident von Bayern Wilhelm Hoegner schreibt in seinen Memoiren über das Versagen seiner Partei: „Wir bauten also auf die Verfassung. Dann auf den Reichspräsidenten, den alten 'getreuen Ekkehard'. Dann auf das Zentrum und die Macht der katholischen Kirche, die einen über- und unterirdischen Einfluss zur Erhaltung des Rechtsstaats ausüben sollten. Dann auf die Deutschnationalen, die Hitler bändigen sollten. Dann auf die Reichswehr. Nur nicht auf uns selbst.“ Heute baut die SPD auf einen Präsidenten Gauck, Befürworter des deutschen Krieges in Afghanistan und des Hartz IV-Sozialkahl-schlags, des Verächtlichmachers der antiimperialistischen Occupy-Bewegung. Sollte die SPD nicht endlich wieder auf ihre kämpferischen Traditionen im Sinne August Bebel's und des Gießeners Wilhelm Liebknecht bauen?

Klaus Mewes

Ernst Thälmann 1932:

„Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“



Pressemitteilung: Aktionsbündnis Sozialproteste Gießen gegen Gauck-Nominierung

Das Aktionsbündnis Sozialproteste Gießen bedauert die Nominierung von Joachim Gauck zum Kandidaten für das Präsidentenamt. Durch zahlreiche Äußerungen hat er zum Ausdruck gebracht, dass ihm nicht nur die Nöte und Wünsche der Erwerbslosen fremd sind, sondern dass er das System Hartz IV, die nach unten offene Armutsfalle, ausdrücklich lobt. Auch dass er die Menschen, die sich in der Occupy-Bewegung für die Beschränkung der Finanzmächte einsetzen, als „unsäglich albern“ bezeichnet, lässt ihn in unseren Augen als ungeeignet erscheinen. Der Bun-

despräsident der BRD sollte sich für ein solidarisches Miteinander einsetzen und nicht einseitig die Belange der Vermögenden vertreten. Hinzuzufügen wäre noch seine Zustimmung zu den rassistischen Thesen von Thilo Sarrazin, den er als „mutig“ bezeichnet. Das Aktionsbündnis Sozialproteste kämpft weiterhin für einen Mindestlohn von 10 Euro und einen Eckregelsatz von 500 Euro, letztlich für die Abschaffung von Hartz IV. Dafür setzen sich auch Erwerbslose und Menschen, die mit ihnen solidarisch sind, seit Jahren in Gießen bei der Montagsdemonstration ein.

Syrien: Medien lügen für Bürgerkrieg

Propaganda für Krieg und Bürgerkrieg in Ländern, deren Regierungen nicht zu den Freunden der USA gehören – das ist in den Massenmedien der NATO-Staaten und deren Verbündeten zur Selbstverständlichkeit geworden. Wenn sich zum Beispiel ein „Syrischer Nationalrat“ zum alleinigen Vertreter des syrischen Volkes erklärt und Unterstützung einfordert, wird das sofort anerkannt. Wenn Kenner dieses Landes dagegen feststellen, das mehr als die Hälfte der dortigen Bevölkerung das derzeitige Regime unterstützen oder zumindest für das kleinere Übel halten, findet das in den Medien keine Erwähnung. Genauso geht es Gruppierungen im Lande wie der Organisation „Den syrischen Staat aufbauen“, die nach einer gewaltfreien politischen Lö-

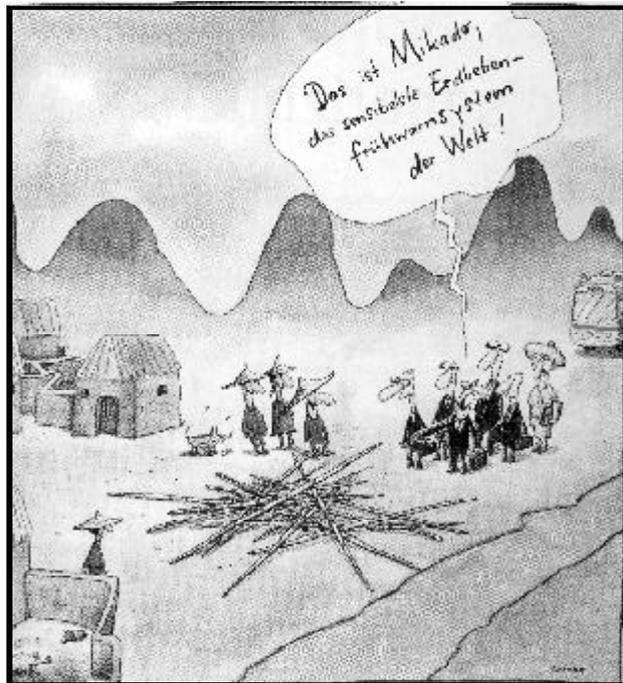
sung suchen. Eine solche Lösung, die in einer Übergangsregierung mit Vertretern des alten Regimes und der Opposition bestehen könnte, ist offenbar nicht im Interesse der NATO und der reaktionären arabischen Feudalregimes. Diese wollen, gemeinsam mit El Kaida, einen Bürgerkrieg. Dazu werden syrische Deserteure, Freischärler und Söldner an der Grenze zur Türkei bewaffnet und geschult, dazu überfliegen ständig Drohnen der US-Armee das Land und steuern die hochgerüsteten Gruppen. Ein Bürgerkrieg in Syrien, bei dem auch die ethnischen und religiösen Gegensätze aufbrechen würden, wäre schrecklicher als die früheren Kämpfe im benachbarten Libanon. Es ist an der Zeit, die Kriegstreiber zu stoppen! Gernot Linhart

Fukushima: ein Jahr Lügen und Vertuschung

Vor einem Jahr gerieten mehrere Reaktoren im Kernkraftwerk Fukushima (Japan) außer Kontrolle – die Reaktorhülle und die sie umgebenden Gebäude zerbarsten. Große Menge radioaktiver Stoffe traten aus und kontaminierten Meer und Land. Bis heute konnte der Austritt nicht gestoppt werden. Auch jetzt noch werden kurzlebige radioaktive Nuklide gemessen, ein Beweis dafür, daß die nukleare Spaltung in den geschmolzenen Brennelementen weitergeht. Wegen der hohen Strahlung sind die zerstörten Reaktorhallen nicht betretbar. Niemand weiß, wie es dort aussieht, ob sich die geschmolzene Masse noch in den Stahlbe-

hältern befindet oder in den Beton frißt. Während nach der Katastrophe in Tschernobyl nach wenigen Monaten die radioaktive Belastung öffentlich gut bekannt war, gibt es für Fukushima kaum publizierte Daten. Der Energiekonzern Tepco täuscht die Öffentlichkeit und behauptet, die Situation sei unter Kontrolle. Er kündigt sogar eine Dekontamination der Umgebung an, was aber höchstens für einige wenig belastete Randgebiete realistisch ist. Tatsächlich werden hunderte Quadratkilometer für Jahrzehnte unbewohnbar bleiben, hunderttausende Menschen dauerhaft ihr Zuhause verlieren. Auslöser der Explosionen war

ein Erdbeben mit nachfolgendem Tsunami, tatsächliche Ursache aber waren die Reaktoren selbst. Sie hätten in dieser Region niemals gebaut werden dürfen. Unvorhergesehene Ereignisse können bei jedem Kernkraftwerk zu ähnlichen Katastrophen führen – auch bei bereits stillgelegten, die noch die Brennelemente enthalten. Der hierzulande erfolgte Beschluß zum allmählichen Ausstieg aus der Kernenergie war nicht mehr als ein Schritt in die richtige Richtung, aber kein Grund zur Entwarnung. Gernot Linhart



**Gemeinsamer Aufruf von
Mikis Theodorakis
und Manolis Glezos**

Solidarität mit den Menschen in Griechenland

„65 Jahre nach dem Sieg über Nazismus und Faschismus stehen die europäischen Völker heute einer dramatischen Bedrohung gegen über, dieses Mal nicht militärischer, sondern finanzieller, sozialer und politischer Art. Ein neues »Imperium des Geldes« hat in den letzten Monaten systematisch ein europäisches Land nach dem anderen angegriffen, ohne substantiellen Widerstand zu erfahren. Den europäischen Regierungen misslingt es nicht nur, die europäischen Völker gegen die Märkte zu verteidigen, im Gegenteil: sie versuchen, die Märkte »zu beruhigen«, in dem sie Politiken einführen, die uns an die Art und Weise erinnern, wie Regierungen versucht haben, dem Nazismus in den 30ern zu begegnen. Sie organisieren »Schuldenkriege« zwischen den Völkern Europas, genauso wie damals, als sie von der 'belle époque' zum Ersten Weltkrieg getrieben wurden. Die Markt-offensive begann einen Krieg gegen Griechenland, einen EU-Mitgliedsstaat, dessen Bevölkerung eine entscheidende Rolle im Widerstand gegen Barbarei und in der Befreiung Europas im Zweiten Weltkrieg gespielt hat. Zu Anfang war dieser Krieg ein Kommunikationskrieg, der uns an die Kampagnen gegen feindliche, ausgestoßene Länder, wie Irak und Jugoslawien, erinnerte. Diese Kampagne präsentierte Griechenland als ein Land fauler und korrupter Bürgerinnen und Bürger, während sie versucht, die »PIIGS« Europas und nicht die internationalen Banken für die Schuldenkrise verantwortlich zu machen...“ Der volle Wortlaut des Aufrufs, der bereits von 1500 Menschen unterzeichnet wurde, hier: <http://de.mikis-theodorakis.net/index.php/article/articleview/570/1/80/>

**UZ - Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

Probeexemplar bzw. 10 Wochen
Gratis-Abo (endet automatisch):

**UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de**

Leserbriefe

Jetzt wolle sie de Gauckler doch.

Karel Wojtyla wurde Papst und hatte seine Aufgabe – jetzt so ähnlich offenbar Joachim Gauck. Ein Mann, der Armut schon mal als individuelle Charakterchwäche auslegte, den Mut von Rassisten Marke Sarrazin hervorhob, demokratischen Protest gegen die Macht der Finanzmärkte für dumme Kinderstreiche hält und für engagierte junge Leute den Satz parat hat: „Schreibe lieber Lieder oder male Bilder. Aber lass mich in Ruhe mit deiner politischen Erlösungsphantasie.“ – Er soll das Land vor allem vor den Linken bewahren. Rudi Hechler

Für Ex-Bundespräsident sind Korruption, Krieg, Okkupation, Elend, Klimakatastrophe „Wirtschaftssanktionen“ bourgeoise Routine. Daslely M. Torres

Zu Syrien

Nicht nur die Begierde nach Öl der imperialistischen Länder ist Ursache am Konflikt in Syrien. Die USA wollen ihren Einfluß im Nahen Osten ausbauen. Besonders die sunnitischen Länder des Nahen Osten (vor allem Saudi Arabien) haben ein Interesse daran. Sie wollen die Macht der Schiiten eindämmen. Das Assad-Regime ist Partner des schiitischen Iran, der auch im Irak immer mehr Einfluß gewinnt. Das Kalkül: Übernimmt die sunnitische Mehrheit in Syrien die Macht, verliert Iran seinen wichtigen Verbündeten und auch den Einfluß auf die Hisbollah im Libanon. Nutznießer wäre Israel. Vergessen wir nicht: Assad hält Demokratie für unverzichtbar. Er will im März ein Referendum darüber abhalten und ist bereit, mit der Exilregierung in Moskau Gespräche zu führen.

Falk Moldenhauer



Schweigen

Seit ca. 40 Jahren bin ich mit kurzen Unterbrechungen immer dann unterwegs, wenn die Nazis wieder mal auftauchen, Parolen schreien und Menschen bedrohen. In dieser Zeit wurde ich sowohl von diesem Rattenpack als auch von den sog. Ordnungskräften bedroht. Immer wieder haben Vertreter dieses Staates offen oder versteckt ihre Sympathien für rechte Parolen gezeigt, haben ihrerseits eine riesige Hetze gegen Migranten losgetreten, immer wieder verhindert, dass zumindest die NPD verboten wurde. Wie jetzt so langsam und ungewollt in die Öffentlichkeit sickert, hat der Verfassungsschutz nichts gegen die ihm bekannten Verbrecher der sog. NSU unternommen, sie wahrscheinlich sogar erst ermöglicht. Einer wie Sarrazin (SPD) erfreut sich großer Beliebtheit - er ist einer von ihnen, der mit zugegeben gewählten Ausdrücken die gleichen Parolen

verkündet wie die rechten Schlägertrupps auf der Straße. Ein Irmer (CDU), der keine Gelegenheit auslässt um seine rechtsextreme Gesinnung unter Volk zu bringen, sitzt unbehelligt im Landtag. Und genau diese „Mittäter“ haben nun der Heuchelei die Krone aufgesetzt. Anstatt die Faschisten zu verfolgen und zu verbieten forderten sie mich heute dazu auf, in einer Schweigeminute zu den Verbrechen der Nazis zu schweigen. Welch eine Verhöhnung der Opfer und ich stehe mitten im Globus und erkenne erst nach einiger Zeit und einigem Nachdenken warum plötzlich der Kapitalismus in seinem Lauf inne hält und mich niemand bedient. Da ich nicht zum Schweigen bereit war, hatte ich noch Glück, nicht meinerseits eine drüber zu bekommen und da eingeordnet zu werden, wo ich sicherlich nicht hin gehöre. B. K.

Markus Bernhardt:
Das braune Netz. Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer
Papyrossa Verlag,
Neue Kleine Bibliothek 173, etwa 120 S.,
9,90 E



Redaktionsschluß für das April-Echo: 29.3.2012

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr.: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

- Ich möchte:
- Mitglieder der DKP kennenlernen
 - das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
 - das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
 - das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

Adresse:

e-mail:

Bundeswehr: Freibrief für Kriegsverbrechen?

Im zweiten Weltkrieg wurden von der deutschen Militärjustiz allein 30.000 Todesurteile gegen Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und andere sog. Wehrkraftzersetzer gefällt und 20.000 vollstreckt. Außerdem sollte die deutsche Militärjustiz die Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung okkupierter Länder legitimieren. Nach dem von hohen Militärjuristen formulierten »Barbarossa«-Kriegsgerichtsbarkeitserlaß sollte sich die Wehrmachtsjustiz einfach gar nicht um solche Übergriffe kümmern.

Im September 2009 befahl der deutsche Oberst Georg Klein nahe dem afghanischen Kunduz einen Bombenangriff, bei dem 142 Menschen zumeist Zivilisten getötet wurden. Der damalige Verteidigungsminister Jung lehnte staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Klein von vornherein ab und Oberst Ulrich Kirsch, Vorsitzender des deutschen Bundeswehrverbandes forderte „einen ganz anderen Rechtsstatus“ für Soldaten im Krieg.

Im Oktober 2009 wurde die Schaffung einer zentralen Zuständigkeit der Justiz bei Bundeswehrstrafsachen im Ausland in den Koalitionsvertrag von CDU und FDP aufgenommen.

Jetzt im Januar 2012 legte das Bundesjustizministerium erneut den „Entwurf ei-

nes Gesetzes für einen Gerichtsstand bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr“ vor; 2010 hatten sich die juristischen Fachverbände vehement gegen die Schaffung einer solchen Gerichtsbarkeit ausgesprochen.

Nicht nur die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz reagierte in einem offenen Brief mit großer Sorge und Unverständnis. Es ist zu befürchten, daß die Wiedereinführung einer Sondergerichtsbarkeit für Militärangehörige und die damit in Aussicht gestellte zügige Erledigung der sie betreffenden Strafverfahren als Freibrief für Massaker an Zivilisten genutzt werden könnten.

Im Vordergrund von Ermittlungen sollte das Interesse der Opfer an Aufklärung stehen und nicht das Interesse der beschuldigten Soldaten an schneller Rechtssicherheit.

Die alte Forderung nach einer Sondergerichtsbarkeit fürs Militär ist in einer Zeit der zunehmenden Teilnahme der BRD an imperialistischen kriegerischen Auseinandersetzungen folgerichtig.

Sabine Albrecht
Buchtipp: Joachim Perels/Wolfram Wette (Hg.): Mit reinem Gewissen, Wehrmacht-richter in der Bundesrepublik und ihre Opfer (2011) s.: www.german-foreign-policy.com

Widerstand gegen Hartz IV **jeden Montag 18 - 19 Uhr bei den drei Schwätzern**

Erfolg der antifaschistischen Bewegung

„Der Nazigroßaufmarsch in Dresden ist Geschichte.“, fasst die Sprecherin des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ die Ereignisse des 18. Februar 2012 zusammen. Noch 2005 waren 7000 Faschisten durch Dresden marschiert. 2010 und 2011 waren die Antifaschisten nicht nur mit Nazis, sondern vor allem mit massiver staatlicher Repression konfrontiert. Alle Versuche von Politik und Polizei, dass breite antifaschistische Dresdner Bündnis „Dresden Nazifrei“, mit der „Extremismuskeule“ zu spalten blieben erfolglos. Nach den Misserfolgen der letzten beiden Jahre hatten die Faschisten im Vorfeld des diesjährigen Aufmarsches große Schwierigkeiten, ihre Leute zu mobilisieren.

Es gelang ihnen zwar, für einen Fackelmarsch, am 13.02. knapp über 1000 Personen in den Stadt zu bringen, allerdings

schafften es auch hier die Antifaschisten, durch entschlossenes Blockieren die Faschisten am Marschieren zu hindern. Knapp eine Woche vor dem geplanten Nazimarsch sagte der Anmelder, der stellvertretende JLO (Junge Landsmannschaft Ostdeutschland) - Bundesführer Kai Pfürstinger dann die Demonstration endgültig ab.

Die Erfahrungen aus dem erfolgreichen antifaschistischen Widerstand in Dresden sind, dass ein breites Bündnis durch gezielte Blockaden und mit langen Atem wirksamen Widerstand gegen die Faschisten entwickeln kann. Aber auch, dass die größte Gefahr für den antifaschistischen Widerstand weniger von Nazis, als von staatlicher Repression und damit verbundenen Spaltungsversuchen der demokratischen Bewegung ausgehen.

Henning Mächerle

Solidarität mit Linken

Frankfurt, den 3. Februar 2012
An die Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag

An die Landesgeschäftsstelle – Die Linke. Landesverband Hessen
Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Janine,
lieber Willi

die DKP Hessen ist empört über die Aufhebung der Immunität Eurer Fraktionsvorsitzenden Janine Wisler und Willi van Ooyen.

Während trotz ihrer Verbrechen und Morde die Faschisten in der BRD unter Polizeischutz ihre rassistischen Parolen verbreiten dürfen, werden konsequente Antifaschisten wie Ihr kriminalisiert und verfolgt.

Sowohl nach Grundgesetz der BRD (Artikel 139) als auch Hessischer Verfassung (Artikel 158) dürften faschistische Organisationen nicht zugelassen sein. Es sollte Verpflichtung aller Demokraten sein, für die Verwirklichung dieser demokratischen Prinzipien und gegen Aufmärsche des braunen Mobs einzutreten, so wie Ihr es getan habt, und wie wir es jetzt gemeinsam in Dresden wieder tun werden.

Wir erklären unsere Solidarität und werden auch weiterhin gegen die Verfolgung von Antifaschisten wie gegen die Totalitarismuskonzeption, die auch gegen die Partei Die Linke angewandt wird, eintreten.

Mit solidarischen Grüßen
Michael Beltz
Vorsitzender der DKP Hessen

Faschistischer Terror in Deutschland

der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und seine Helfer -
am Dienstag, 6.3., 19.30 Uhr im Café Amélie, Walltorstr. 17

Vortrag und Diskussion mit
Markus Bernhardt (Journalist & Autor, u.a. für die "junge Welt")

Veranstalter: Bündnis gegen Rechts Gießen. Unterstützer: u.a. DGB Region Mittelhessen, DGB Jugend Mittelhessen, Infoladen Gießen, DKP Gießen, Linkes Bündnis Gießen, Rote Hilfe Gießen, Solid, SDS, VVN/BdA KV Gießen